

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 27.06.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:23 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern verhindert):

(Frau Antonelli-Ngameni)	Herr Köster
Frau Arning	Herr Kühn
Herr Bach	Herr Lehmann
Herr Bader	Frau Lerche
Frau Bartsch	Frau Maul
Herr Böttcher	Herr Mehmeti
Herr Bratmann	Herr Merfort
Herr Bratschke	Herr Möller
Frau Braunschweig	Frau Mundlos
(Herr Disterheft)	Frau Ohnesorge
Frau Dr. Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Flake	Herr Pohler
Herr Glogowski	Frau Saxel
Frau Glogowski-Merten	Herr Schatta
Frau Göring	Herr Schnepel
Herr Graffstedt	Frau Schütze
Frau Hahn	Herr Sommerfeld
Frau Hillner	Herr Stühmeier
Frau Ihbe	Herr Swalve
Frau Jalyschko	Herr Täubert
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Tegethoff
Frau Johannes	Herr Volkmann
Herr Jonas	Frau vom Hofe
Frau Kaphammel	Frau von Gronefeld
Frau Kluth	Herr Wendt
Herr Knurr	Herr Winckler
Frau Köhler	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaurat Leuer
Dezernent Prof. Dr. Hesse
Beschäftigter Albinus
Dezernent Lepa
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2023
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Dynamisierung der Zuwendungen ab 2024
Mitteilung der Verwaltung 23-21295
 - 3.2 Ratsauftrag FU 178 „Trinkwasserentnahmestellen für die Hitzevorsorge in Braunschweig“
Ergebnis des Prüfauftrags
Mitteilung der Verwaltung 23-21565
- 4 Anträge
 - 4.1 Attraktion statt Eskalation: Silvester-Event am Schlossplatz
statt wilder Böllerei
Antrag der FDP-Fraktion 23-20987
 - 4.1.1 Attraktion statt Eskalation: Silvester-Event am Schlossplatz
statt wilder Böllerei
Stellungnahme der Verwaltung 23-20987-01
 - 4.1.2 Änderungsantrag zu 23-20987: Für Gesellschaft, Umwelt und Sicherheit - Silvester-Veranstaltung prüfen
Änderungsantrag der Fraktionen der FDP und CDU und der Gruppe Die FRAKTION. BS 23-21283
 - 4.2 Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN 23-21516
 - 4.3 Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH
Antrag der SPD-Fraktion 23-21557
 - 4.3.1 Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN 23-21557-02
 - 4.4 Herrenabend des Technikervereins
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN 23-21603
 - 4.4.1 Herrenabend des Technikervereins
Stellungnahme der Verwaltung 23-21603-01
 - 4.4.2 Herrenabend des Technikervereins
Änderungsantrag zur Vorlage 23-21603
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 23-21603-02

4.5	Ein Ort für alle Antrag der SPD-Fraktion	23-21610
5	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	23-21577
6	Vertretende der Stadt in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig	23-21530
7	Bestellung einer städtischen Vertreterin im Aufsichtsrat der Volks hochschule Braunschweig GmbH	23-21334
8	Kurzfristige Eigentumsübernahme von Hilfsgütern aus dem Förderpaket „Bauhofausstattung“ im Rahmen der Teilnahme der Stadt Braunschweig am Projekt KomDirekt der GIZ im Zusammenhang mit der Solidaritätspartnerschaft mit Bila Zerkwa/Ukraine	23-21585
9	Berufung von 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	23-21320
10	Angebot eines 365 €-Jobtickets für Mitarbeitende der Stadt Braunschweig	23-21543
10.1	Angebot eines 365 €-Jobtickets für Mitarbeitende der Stadt Braunschweig	23-21543-01
11	Pilotprojekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP): Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb	23-21510
11.1	Änderungsantrag zu Ds. 23-21510: Pilotprojekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP): Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	23-21646
12	Befugnisse zur Verkehrsregelung bei gemeindlichen Veranstaltungen durch die Feuerwehr	23-21100
13	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	23-21563
13.1	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	23-21563-01
13.2	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	23-21563-02
14	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	23-21417
14.1	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	23-21417-01

15	Umsetzung des Gewinnerentwurfs aus dem Künstlerischen Wettbewerb zum Kolonialdenkmal	23-21314
15.1	Umsetzung des Gewinnerentwurfs aus dem Künstlerischen Wettbewerb zum Kolonialdenkmal	23-21314-01
16	Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig	23-21288
16.1	Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN	23-21288-01
17	Gewährung einer Zuwendung an die Till Eulenspiegel Beratungs- und Fortbildungs gGmbH, für das Projekt „Fachberatung für Eltern-Kind-Gruppen“	23-20998
18	Änderung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 18. Februar 2020	23-21558
19	Abfallentsorgungssatzung, 7. Änderung	22-20054
20	Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen nach der Straßenausbaubeitragssatzung - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -	23-21259
21	Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs	23-20867
21.1	Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs	23-20867-01
22	Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“ Integriertes Entwicklungskonzept	23-20511
23	Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“ Städtebauliches Gesamtkonzept	23-20513
24	Veränderungssperre „Neustadtring / Hermannstraße“, NP 47 Stadtgebiet zwischen Neustadtring, Diesterwegstraße, Hermannstraße und Ernst-Amme-Straße Satzungsbeschluss	23-21377
25	Straßenbenennung (Verlängerung) „Schwartzkopffstraße“	23-21309
26	Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS)	23-21521
26.1	Änderungsantrag: Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) Änderungsantrag zur Vorlage 23-21521 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	23-21521-01

26.2	Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) Änderungsantrag zur Vorlage 23-21521 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	23-21521-02
26.3	Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	23-21521-03
27	Anpassung des Förderprogramms „Gartenreich(es) Braunschweig“	23-21537
28	Anpassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen	23-21316
29	Anfragen	
29.1	Städtische Musikschule: Unterbringung in der ehemaligen Musischen Akademie am Neustadtring?! Anfrage der CDU-Fraktion	23-21606
29.1.1	Städtische Musikschule: Unterbringung in der ehemaligen Musischen Akademie am Neustadtring?! Stellungnahme der Verwaltung	23-21606-01
29.2	Wann kommen Lösungen zur Beendigung von Diskriminierung an Braunschweiger Club-Türen? Anfrage der BIBS-Fraktion	23-21602
29.2.1	Wann kommen Lösungen zur Beendigung von Diskriminierung an Braunschweiger Club-Türen? Stellungnahme der Verwaltung	23-21602-01
29.3	Wie schnell schafft die Stadt Braunschweig funktionierende Heizungsanlagen ihrer Bürger ab? Anfrage der AfD-Fraktion	23-21608
29.3.1	Wie schnell schafft die Stadt Braunschweig funktionierende Heizungsanlagen ihrer Bürger ab? Stellungnahme der Verwaltung	23-21608-01
29.4	Ganztagsbetreuung in Braunschweig Anfrage der CDU-Fraktion	23-21609
29.4.1	Ganztagsbetreuung in Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	23-21609-01
29.5	Bürger*innenbeteiligung an Planungen für kombinierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus Anfrage der BIBS-Fraktion	23-21607
29.5.1	Bürger*innenbeteiligung an Planungen für kombinierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus Stellungnahme der Verwaltung	23-21607-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:04 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.4.1: Herrenabend des Technikervereins
Stellungnahme 23-21603-01
- Zu TOP 4.4.2: Herrenabend des Technikervereins, Änderungsantrag zur Vorlage 23-21603
Änderungsantrag 23-21603-02
- Zu TOP 10.1: Angebot eines 365 €-Jobtickets für Mitarbeitende der Stadt Braunschweig
Ergänzungsvorlage 23-21543-01
- Zu TOP 11.1: Änderungsantrag zu Ds. 23-21510: Pilotprojekt „Ausnüchterung intoxizierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP): Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb
Änderungsantrag 23-21646
- Zu TOP 21.1: Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs
Ergänzungsvorlage 23-20867-01
- Zu TOP 26.3: Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) -
Änderungsantrag
Änderungsantrag 23-21521-03

Der Empfehlung des Ältestenrates folgend, schlägt Ratsvorsitzender Graffstedt vor, die Behandlung des Tagesordnungspunktes 26 „Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS)“ vorzuziehen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 4 vorzunehmen. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist ferner darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur der Tagesordnungspunkt 31 - Mitteilungen - vorgesehen ist. Er teilt mit, dass schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen nicht vorliegen und die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass auch hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:14 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2023

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 16.05.2023 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Dynamisierung der Zuwendungen ab 2024 Mitteilung der Verwaltung

23-21295

Ergebnis:

Die Mitteilung 23-21295 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Ratsauftrag FU 178 „Trinkwasserentnahmestellen für die Hitzevorsorge in Braunschweig“ Ergebnis des Prüfauftrags Mitteilung der Verwaltung

23-21565

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass die Mitteilung 23-21565 nach Aussprache ergangen ist.

Ergebnis:

Die Mitteilung 23-21565 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Attraktion statt Eskalation: Silvester-Event am Schlossplatz statt wilder Böllerei Antrag der FDP-Fraktion

23-20987

4.1.1. Attraktion statt Eskalation: Silvester-Event am Schlossplatz statt wilder Böllerei Stellungnahme der Verwaltung

23-20987-01

4.1.2. Änderungsantrag zu 23-20987: Für Gesellschaft, Umwelt und Sicherheit - Silvester-Veranstaltung prüfen Änderungsantrag der Fraktionen der FDP und CDU und der Gruppe Die FRAKTION. BS

23-21283

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 23-20987 die Stellungnahme 23-20987-01 sowie der ersetzende Änderungsantrag 23-21283 vorliegen. Ratsfrau Glogowski-Merten bringt den interfraktionellen Änderungsantrag ein, begründet diesen und beantragt die Verweisung in den Wirtschaftsausschuss. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Verweisung des Änderungsantrags 23-21283, einschließlich des zugrundeliegenden Antrags 23-20987 sowie der zugehörigen Stellungnahme 23-20987-01, abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Änderungsantrag 23-21283, einschließlich des zugrundeliegenden Antrags 23-20987 sowie der zugehörigen Stellungnahme 23-20987-01, wird zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss): einstimmig beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-20987-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege 23-21516
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss und der Verwaltungsausschuss die Zurückstellung des Antrags 23-21516 für die gesamte Gremienschiene empfehlen, und lässt sodann über die Zurückstellung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 23-21516 wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis (zum Zurückstellungsbeschluss):
einstimmig beschlossen

4.3. Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH 23-21557
Antrag der SPD-Fraktion

4.3.1. Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH - Änderungsantrag 23-21557-02
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 23-21557 der ersetzenende Änderungsantrag 23-21557-02 vorliegt. Ratsherr Swalve bringt den interfraktionellen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 23-21557-02 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21557-02:

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, inwiefern die wegfallenden Plätze der Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH erhalten werden können. Hierbei sollen verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten untersucht werden. Die Verwaltung wird zudem gebeten, in der JHA-Sitzung am 24. August 2023 zum Thema zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

4.4. Herrenabend des Technikervereins 23-21603
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

4.4.1. Herrenabend des Technikervereins 23-21603-01
Stellungnahme der Verwaltung

4.4.2. Herrenabend des Technikervereins 23-21603-02
Änderungsantrag zur Vorlage 23-21603
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 23-21603 die Stellungnahme 23-21603-01 sowie der Änderungsantrag 23-21603-02 vorliegen. Anschließend bringen Ratsfrau Schütze den interfraktionellen Antrag 23-21603 und Ratsfrau Ohnesorge den Änderungsantrag 23-21603-02 ein und begründen diesen jeweils. Danach bringt die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lenz die Stellungnahme 23-21603-01 ein. Es folgt die Aussprache. Oberbürgermeister Dr. Kornblum betont abschließend den vorliegenden Gesprächsbedarf und erklärt seine Bereitschaft, entsprechende Gespräche zu führen und dem Rat hierüber zu berichten. Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 23-21603-02 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Anschließend stellt er den Antrag 23-21603 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21603-02:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Vorstand des Technikervereins Braunschweig von 1887 e. V. Kontakt aufzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die Traditionsvoranstaltung „Herrenabend des Technikervereins mit Eisbeinessen“ an die gesellschaftlichen Gegebenheiten des Jahres 2023 angepasst wird und insbesondere eine Öffnung des Teilnehmerkreises stattfindet.
2. Der Oberbürgermeister wird weiter gebeten, nicht an der Veranstaltung teilzunehmen und die Dezernenten und Fachbereichsleiter der Stadt Braunschweig anzuweisen, an der Veranstaltung in ihrer dienstlichen Funktion nicht teilzunehmen, wenn es nicht zu einer solchen Öffnung der Veranstaltung kommt.
3. Der Rat selber fordert außerdem seine Mitglieder dazu auf, zukünftig nicht an der Veranstaltung teilzunehmen, wenn es nicht zu einer solchen Öffnung der Veranstaltung kommt.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zu Antrag 23-21603:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Vorstand des Technikervereins Braunschweig von 1887 e. V. Kontakt aufzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die Traditionsvoranstaltung „Herrenabend des Technikervereins mit Eisbeinessen“ an die gesellschaftlichen Gegebenheiten des Jahres 2023 angepasst wird und insbesondere eine Öffnung des Teilnehmerkreises stattfindet.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21603-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.5. Ein Ort für alle
Antrag der SPD-Fraktion****23-21610**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegende Empfehlung des Verwaltungsausschusses hin, den Antrag 23-21610 zur Vorberatung in einen geeigneten Fachausschuss zu verweisen, und teilt mit, dass der Ältestenrat hierfür den Umwelt- und Grünflächenausschuss empfiehlt. Ratsfrau Schütze bringt den Antrag ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt nach Aussprache zum Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Umwelt- und Grünflächenausschuss über diesen abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 23-21610 wird zur Beratung in den Umwelt- und Grünflächenausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):
einstimmig beschlossen**

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 15:52 Uhr bis 16:31 Uhr für eine Pause.

26. Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS)	23-21521
26.1. Änderungsantrag: Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS)	23-21521-01
Änderungsantrag zur Vorlage 23-21521	
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	
26.2. Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS)	23-21521-02
Änderungsantrag zur Vorlage 23-21521	
Änderungsantrag der AfD-Fraktion	
26.3. Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) -	23-21521-03
Änderungsantrag	
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21521 die Änderungsanträge 23-21521-01, 23-21521-02 und 23-21521-03 vorliegen. Er erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Anschließend bringen Ratsfrau Ohnesorge den Änderungsantrag 23-21521-01, Ratsherr Wirtz den Änderungsantrag 23-21521-02 und Ratsfrau Jalyschko den interfraktionellen Änderungsantrag 23-21521-03 ein und begründen diesen jeweils.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zuerst über den Änderungsantrag 23-21521-01 und danach über den Änderungsantrag 23-21521-02 abstimmen und stellt fest, dass diese jeweils abgelehnt werden. Anschließend lässt er über den Änderungsantrag 23-21521-03 abstimmen und stellt fest, dass dieser angenommen wird. Sodann stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage 23-21521 ergänzt um den Beschlusstext des Änderungsantrags 23-21521-03 in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21521-01:

1. Es werden dezentrale Parkordnungen erarbeitet, die den Gegebenheiten vor Ort besser Rechnung tragen.
2. Es werden in größeren Park- und Grünanlagen mögliche Bereiche ausgewiesen, die als Freiräume genutzt werden können und wo die Freizeitgestaltung frei ausgelebt werden kann. Bei der Planung soll das Jugendparlament mit einbezogen werden.
3. Bei Nutzungskonflikten in Parks und Grünanlagen sollen vermehrt Streetworker:innen eingesetzt werden. Dafür soll die Arbeit der Streetworker:innen ausgedehnt werden.

Abstimmungsergebnis:

bei vier Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21521-02:

In Abänderung der ursprünglichen Vorlage beantragen wir:

- die Punkte L) und M) des § 3 zu streichen
- den Punkt B) wie folgt zu formulieren: „Pflanzen zu entnehmen, zu schädigen, zu zerstören oder einzubringen bzw. von diesen Bestandteile zu entfernen“,
- aus der Anlage A (Geltungsbereiche) die Lageplan-Blätter A06, A08, A12, C06, C08, E04, E08, E10, G04, G06, G12, L02, N04, N14, P06, R06, R08 und R10 zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21521-03:

Die als Anlage zur Vorlage 23-21521 beigelegte Satzung über die Benutzung der öffentlichen Park- und Grünanlagen der Stadt Braunschweig (Park- und Grünanlagensatzung) wird mit folgenden Änderungen beschlossen.

- § 3 Abs. 3 Buchst. m wird wie folgt gefasst:

„Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Bluetooth-Boxen, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr zu betreiben oder zu spielen. Dies gilt nicht, wenn die Benutzung so leise geschieht, dass die Nachtruhe anderer Personen dadurch nicht gestört werden kann.“

- § 5 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„Es ist ausschließlich Gas oder Grillkohle in feuerfesten Grillgeräten oder -einrichtungen zu verwenden, die ein Verbrennen oder Beschädigen des Untergrundes verhindern. Bei Benutzung von Grillgeräten ist ein ausreichender Grillabstand zum Erdboden einzuhalten. Das Grillfeuer ist vor Verlassen der Grillstelle zu löschen. Die abgelöschte Grillasche sowie der übrige Abfall sind ordnungsgemäß zu entsorgen.“

- § 12 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Im Einzelfall können auf Antrag von den Ver- und Geboten der §§ 3 - 10 Ausnahmen (z. B. für gewerbliche, kulturelle oder gemeinnützige Feiern und Veranstaltungen) zugelassen werden. Die Ausnahmebewilligung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.“

- § 14 Abs. 1 Buchst. m wird wie folgt gefasst:

„Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Bluetooth-Boxen, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr in einer Lautstärke betreibt oder spielt, dass die Nachtruhe anderer Personen dadurch gestört werden kann.“

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat Anfang 2025 einen Erfahrungsbericht zur Park- und Grünanlagensatzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

Beschluss zu Vorlage 23-21521 (geändert, in der Fassung des Änderungsantrags 23-21521-03):

Die als Anlage beigelegte Satzung über die Benutzung der öffentlichen Park- und Grünanlagen der Stadt Braunschweig (Park- und Grünanlagensatzung) wird mit folgenden Änderungen beschlossen.

- § 3 Abs. 3 Buchst. m wird wie folgt gefasst:

„Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Bluetooth-Boxen, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr zu betreiben oder zu spielen. Dies gilt nicht, wenn die Benutzung so leise geschieht, dass die Nachtruhe anderer Personen dadurch nicht gestört werden kann.“

- § 5 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„Es ist ausschließlich Gas oder Grillkohle in feuerfesten Grillgeräten oder -einrichtungen zu verwenden, die ein Verbrennen oder Beschädigen des Untergrundes verhindern. Bei Benutzung von Grillgeräten ist ein ausreichender Grillabstand zum Erdboden einzuhalten. Das Grillfeuer ist vor Verlassen der Grillstelle zu löschen. Die abgelöste Grillasche sowie der übrige Abfall sind ordnungsgemäß zu entsorgen.“

- § 12 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Im Einzelfall können auf Antrag von den Ver- und Geboten der §§ 3 - 10 Ausnahmen (z. B. für gewerbliche, kulturelle oder gemeinnützige Feiern und Veranstaltungen) zugelassen werden. Die Ausnahmebewilligung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.“

- § 14 Abs. 1 Buchst. m wird wie folgt gefasst:

„Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Bluetooth-Boxen, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr in einer Lautstärke betreibt oder spielt, dass die Nachtruhe anderer Personen dadurch gestört werden kann.“

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat Anfang 2025 einen Erfahrungsbericht zur Park- und Grünanlagensatzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:21 Uhr bis 17:26 Uhr für eine Pause.

Anschließend übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth die Sitzungsleitung.

Nach der Pause findet in der Zeit von 17:26 Uhr bis 17:33 Uhr die Einwohnerfragestunde unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Kluth statt.

5. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

23-21577

Beschluss:

Herr Moritz Julian Wilhelm wird als beratendes Mitglied der FDP-Fraktion im Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Vertretende der Stadt in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig

23-21530

Beschluss:

Als Nachfolger für Frau Antoinette von Gronefeld als Vertreterin der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wird Herr Ratsherr Oliver Schatta gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Bestellung einer städtischen Vertreterin im Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH

23-21334

Beschluss:

Herr Stadtrat Dr. Tobias Pollmann wird aus dem Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH abberufen und

Frau Stadträtin Dr. Christina Rentzsch
(Oberbürgermeister-Vorschlagsrecht)

wird in den Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Kurzfristige Eigentumsübernahme von Hilfsgütern aus dem Förderpaket „Bauhofausstattung“ im Rahmen der Teilnahme der Stadt Braunschweig am Projekt KomDirekt der GIZ im Zusammenhang mit der Solidaritätspartnerschaft mit Bila Zerkwa/Ukraine

23-21585

Beschluss:

Der Annahme der Spende von Hilfsgütern aus dem Förderpaket „Bauhofausstattung“ der GIZ im Wert von insgesamt ca. 130.000,00 € durch die Stadt Braunschweig (§ 111 Abs. 8 NKomVG) und der Schenkung an die Solidaritätspartnerschaft Bila Zerkwa/Ukraine wird zugestimmt (kurzfristige Eigentumsübernahme).

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

9. Berufung von 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis

23-21320

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Rautheim	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Klann, Daniel
2	Bienrode	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Weidlich, Maik

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert übernimmt die Sitzungsleitung.

- | | |
|--|--------------------|
| 10. Angebot eines 365 €-Jobtickets für Mitarbeitende der Stadt Braunschweig | 23-21543 |
| 10.1. Angebot eines 365 €-Jobtickets für Mitarbeitende der Stadt Braunschweig | 23-21543-01 |

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21543 die Ergänzungsvorlage 23-21543-01 vorliegt. Im Rahmen der Aussprache übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth um 17:42 Uhr wieder die Sitzungsleitung und lässt im Anschluss an die Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-21543-01 abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21543-01:

Der Rat beschließt die Einführung eines 365 €-Jobtickets für die Mitarbeitenden der Stadt Braunschweig. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Rahmenvertrag zur Abnahme von Jobtickets des Deutschlandtickets durch Mitarbeitende mit dem Verkehrsverbund Region Braunschweig zu schließen, um Arbeitgeberzuschüsse an die Mitarbeitenden auszahnen zu können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 11. Pilotprojekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP): Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb | 23-21510 |
| 11.1. Änderungsantrag zu Ds. 23-21510: Pilotprojekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP): Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 23-21646 |

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21510 der Änderungsantrag 23-21646 vorliegt. Ratsfrau Bartsch bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth zunächst über den Änderungsantrag 23-21646 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Anschließend stellt sie die Vorlage 23-21510 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21646:

Punkte 1, 2 und 4 werden gestrichen.

Punkt 3 bleibt.

Neu:

Punkt 5: Das Projekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP) wird ab dem 01. September 2023 um ein Jahr verlängert. Nach einem Jahr findet eine Evaluation der Ergebnisse statt, die den Ratsgremien vorgestellt wird. Im Anschluss entscheidet der Rat über eine Fortführung bzw. eine Überführung des Projekts in den Regelbetrieb.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Vorlage 23-21510:

1. Der unter II. vorgestellte Abschlussbericht zum Projekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das Projekt wird ab dem 1. September 2023 in den Regelbetrieb überführt. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 Euro stehen im Doppelhaushalt 2023/2024 vorsorglich zur Verfügung.
3. Ab dem Jahr 2025 ff. soll eine entsprechende Kostenvereinbarung zwischen den Beteiligten Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH, Polizeidirektion Braunschweig und Feuerwehr Braunschweig abgestimmt werden.
4. Die Personalorganisation für das Projekt obliegt ab dem 1. September 2023 der Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH. Die übrigen Beteiligten unterstützen im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

12. Befugnisse zur Verkehrsregelung bei gemeindlichen Veranstaltungen durch die Feuerwehr**23-21100****Beschluss:**

Abweichend von § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 S. 1 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) werden die Befugnisse für die Verkehrsregelung zur Sicherung von gemeindlichen Veranstaltungen gemäß § 2 Abs. 6 Nds. Brandschutzgesetz (NBrandSchG) fortan der Feuerwehr Braunschweig übertragen, soweit hierfür Polizeivollzugskräfte nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung stehen und die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 NBrandSchG nicht gefährdet wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**23-21563****13.1. Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG****23-21563-01****13.2. Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG****23-21563-02**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21563 die Ergänzungsvorlagen 23-21563-01 und 23-21563-02 vorliegen, und lässt anschließend über diese jeweils einzeln abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21563-02:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21563-01:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Beschluss zu Vorlage 23-21563:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

14. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 23-21417**14.1. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 23-21417-01**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21417 die Ergänzungsvorlage 23-21417-01 vorliegt. Ratsherr Böttcher bittet entsprechend der Vorbereitung um getrennte Abstimmung von Anlage 2, Ref. 0100, Nr. 1 der Ergänzungsvorlage. Sodann lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth zunächst einzeln über Anlage 2, Ref. 0100, Nr. 1 der Ergänzungsvorlage abstimmen, danach stellt sie die restliche Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-21417-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21417-01:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen in der Fassung der 1. Ergänzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

1. Anlage 2, Ref. 0100, Nr. 1: bei wenigen Gegenstimmen beschlossen
2. restliche Vorlage: einstimmig beschlossen

15. Umsetzung des Gewinnerentwurfs aus dem Künstlerischen Wettbewerb zum Kolonialdenkmal 23-21314**15.1. Umsetzung des Gewinnerentwurfs aus dem Künstlerischen Wettbewerb zum Kolonialdenkmal 23-21314-01**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21314 die Ergänzungsvorlage 23-21314-01 vorliegt, und lässt im Anschluss an die Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21314-01:

1. Dem durch das Kuratorium für den Künstlerischen Wettbewerb zum Kolonialdenkmal vorgeschlagenen Gewinnerentwurf von Patricia Kaersenhout wird entsprechend der Projektbeschreibungen in den Anlagen 1-6 zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen in Abstimmung mit der Künstlerin voranzutreiben und umzusetzen und dafür entsprechende Gestaltungs- und Umsetzungsaufträge zu erteilen.

3. Die Umsetzung des Denkmals soll so grünbestandsschonend wie möglich durchgeführt werden.
4. Sollten Bäume gefällt werden müssen, hat eine Ersatzpflanzung zeit- und ortsnah stattzufinden.
5. Ein Zwischenbericht über die Umsetzung hat nach der Sommerpause zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Enthaltungen beschlossen

16. Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig	23-21288
16.1. Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	23-21288-01

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-21288 der Änderungsantrag 23-21288-01 vorliegt. Ratsfrau Ihbe bringt den interfraktionellen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth zunächst über den Änderungsantrag 23-21288-01 abstimmen. Sie stellt fest, dass dieser angenommen wird und sich eine Abstimmung über die Vorlage 23-21288 damit erübriggt hat.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21288-01:

Der Haus der Familie GmbH wird ab dem Haushaltsjahr 2024 eine jährliche Zuwendung i. H. v. bis zu 82.700,- € für den Betrieb der Hebammenzentrale gewährt. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit dies im Haushalt dargestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17. Gewährung einer Zuwendung an die Till Eulenspiegel Beratungs- und Fortbildungs gGmbH, für das Projekt „Fachberatung für Eltern-Kind-Gruppen“	23-20998
---	-----------------

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth stellt die Vorlage 23-20998 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Till Eulenspiegel Beratungs- und Fortbildungs gGmbH wird aus übertragenen Haushaltsmitteln aus dem Vorjahr auf dem Sachkonto 431810, PSP 1.36.3630.06.05 - Zuschüsse/

Beratungsstellen u. a. - eine Zuwendung in nachfolgender Höhe gewährt:

Für das Jahr 2022: 4.785,00 Euro

Für das Jahr 2023: 50.105,00 Euro

Die Gewährung des Zuschusses steht unter dem Vorbehalt der tatsächlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

18. Änderung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 18. Februar 2020

23-21558

Beschluss:

Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 18. Februar 2020 werden wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Kindertagesstätten gliedern sich in

- a) Krippen für Kinder im Alter von acht Wochen bis zu drei Jahren

Die Aufnahme der Kinder im Alter bis zu drei Jahren dient überwiegend der Entlastung alleinstehender und berufstätiger Erziehungsberechtigter (Eltern, Großeltern, Pflegeeltern, Vormünder usw.) und

- b) Kindergärten für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung

Bei den Kindern im Alter von drei Jahren an soll der Kindergarten einen wichtigen Erfahrungsraum bieten, der die Familienerziehung ergänzt und erweitert. Die pädagogische Arbeit im Kindergarten ist bedürfnisorientiert und ausgerichtet auf eine harmonische Gesamtentwicklung, wobei im Wesentlichen auf die Entfaltung der kindlichen Aktivitäten im Spiel Wert gelegt wird.“

2. In § 6 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Bei Schließung der Kindertagesstätten/der betreuenden Gruppe aus betrieblichen oder anderen zwingenden Gründen (z. B. Streik, Schließung nach dem Infektionsschutzgesetz) erfolgt ab der Dauer von drei zusammenhängenden Betreuungstagen eine taggenaue Erstattung der Entgelte für den Schließungszeitraum. Dies gilt nicht für Schließungen nach § 8 Abs. 1 der AVB.“

3. § 7 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Kindertagesstätten sind von Montag bis Freitag geöffnet. Die Betreuungszeiten richten sich nach den in Anspruch genommenen Betreuungsstunden, wobei in den Angebotsarten Kindergarten und Krippe 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 Stunden gebucht werden können. Die Wahlmöglichkeit der Betreuungsdauer wird durch das in der Vertragskindertagesstätte vorgehaltene Angebot eingeschränkt.“

4. § 8 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Kindertagesstätten werden in der Regel
- während der Sommerferien für die Dauer von drei Wochen,
- am letzten Werktag vor dem 24. Dezember (Heiligabend) bis einschließlich dem ersten Werktag nach Neujahr und
- für bis zu vier Tage im Jahr für Zwecke der Aus- und Fortbildung geschlossen.
Die Schließungstermine werden den Erziehungsberechtigten rechtzeitig bekanntgegeben.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die als Anlage beigelegte siebente Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

20. Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen nach der Straßenausbaubeitragssatzung - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung - 23-21259**Beschluss:**

Gemäß § 3 Abs. 2 und § 9 der Straßenausbaubeitragssatzung (ABS) der Stadt Braunschweig vom 11. Mai 2010 in der derzeit geltenden Fassung wird für den Ausbau der nachfolgend unter Ziffer I aufgeführten Straßen die Aufwandsspaltung und für die unter Ziffer II aufgeführten Straßen die Abschnittsbildung und Aufwandsspaltung beschlossen.

I. Aufwandsspaltung

- 1.1 Hinter der Masch
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Hinter der Masch
- 1.2 Bergfeldstraße
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Bergfeldstraße außerhalb des Sanierungsgebietes Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet -
- 1.3 Kurzekampstraße
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Kurzekampstraße sowie des westlichen Gehweges, der Borde und der Entwässerungsrinnen (jeweils Teilstreckenausbau zwischen Mittelriede und Otto-Himmel-Weg) der Verkehrsanlage Kurzekampstraße
- 1.4 Bismarckstraße
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Bismarckstraße
- 1.5 Wallstraße
Erneuerung der Fahrbahn (Teilstreckenausbau ohne Wendehammer) und des südlichen Gehweges (Teilstreckenausbau zwischen Am Wassertor und Leopoldstraße) der Verkehrsanlage Wallstraße
- 1.6 Hirtenberg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Hirtenberg
- 1.7 Am Papenholz/Auf der Moorhütte
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Am Papenholz/Auf der Moorhütte
- 1.8 Moorhüttenweg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Moorhüttenweg (Teilstreckenausbau zwischen Auf der Moorhütte und „Zufahrt Real-Parkplatz“)
- 1.9 Hallestraße zwischen Salzdahlumer Straße und Sachsendamm
Erneuerung des südlichen Radweges der Verkehrsanlage Hallestraße zwischen Salzdahlumer Straße und Sachsendamm

- 1.10 Berliner Straße zwischen Petzvalstraße und Hordorfer Straße (südlich der Stadtbahngleise)
Erneuerung des Radweges der Verkehrsanlage Berliner Straße zwischen Petzvalstraße und Hordorfer Straße (südlich der Stadtbahngleise)
- 1.11 Zum Ackerberg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Zum Ackerberg (Teilstreckenausbau zwischen Braunschweiger Straße und Zur Wabe)
- 1.12 St. Leonhard (östlich der Stadtbahngleise)
Erneuerung des Geh- und Radweges der Verkehrsanlage St. Leonhard (östlich der Stadtbahngleise)

II. Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung

- 2.1 Hamburger Straße zwischen Sackweg und Siegfriedstraße (östlich der Stadtbahngleise)
Erneuerung der Fahrbahn und des Radweges der Verkehrsanlage Hamburger Straße im Abschnitt zwischen Sackweg und Siegfriedstraße (östlich der Stadtbahngleise)
- 2.2 Pfälzerstraße/Unter den Linden/Wiesental zwischen Sandanger und Mannheimstraße/Naturdenkmal
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Pfälzerstraße/Unter den Linden/Wiesental im Abschnitt zwischen Sandanger und Mannheimstraße/Naturdenkmal
- 2.3 Alte Frankfurter Straße zwischen Wurmbergstraße und Rhönweg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Alte Frankfurter Straße im Abschnitt zwischen Wurmbergstraße und Rhönweg
- 2.4 Gördelingerstraße zwischen Altstadtmarkt und Lindentwete (Nördliche Grenze)
Erneuerung der Fahrbahn, des Radweges und der östlichen Parkflächen der Verkehrsanlage Gördelingerstraße im Abschnitt zwischen Altstadtmarkt und Lindentwete (Nördliche Grenze)
- 2.5 Thiedestraße zwischen Berkenbuschstraße und Rüningenstraße
Erneuerung der Fahrbahn und der Parkflächen der Verkehrsanlage Thiedestraße im Abschnitt zwischen Berkenbuschstraße und Rüningenstraße

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|--------------------|
| 21. Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs | 23-20867 |
| 21.1. Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs | 23-20867-01 |

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 23-20867 die Ergänzungsvorlage 23-20867-01 vorliegt, und lässt sodann über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-20867-01:

Die als Anlage 1) beigelegte Förderrichtlinie zur Anschaffung von Lastenrädern und Fahrradanhängern wird beschlossen. Damit tritt die bisherige Richtlinie außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschlossen

**22. Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“
Integriertes Entwicklungskonzept**

23-20511

Beschluss:

Dem Integrierten Entwicklungskonzept für das Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“ (Stand 2022, Kosten- und Finanzierungsübersicht Stand 2019) wird als Grundlage für die weitere Durchführung der Sanierung im Donauviertel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**23. Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“
Städtebauliches Gesamtkonzept**

23-20513

Beschluss:

Dem Städtebaulichen Gesamtkonzept für das Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“ (Stand 2022) wird als Grundlage für die weitere Durchführung der Sanierung im Donauviertel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**24. Veränderungssperre „Neustadtring / Hermannstraße“, NP 47
Stadtgebiet zwischen Neustadtring, Diesterwegstraße,
Hermannstraße und Ernst-Amme-Straße
Satzungsbeschluss**

23-21377

Beschluss:

Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 2b dargestellt ist, wird gemäß §§ 14 ff. Baugesetzbuch (BauGB) die als Anlage beigelegte Veränderungssperre für zwei Jahre als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

25. Straßenbenennung (Verlängerung) „Schwartzkopffstraße“

23-21309

Beschluss:

Die Verlängerung der Schwartzkopffstraße bis zum Fichtengrund erhält den Namen Schwartzkopffstraße.

Die Straßenbenennung wird erst mit der Aufstellung der Straßennamenschilder wirksam.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 27. Anpassung des Förderprogramms „Gartenreich(es) Braunschweig“** 23-21537

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth stellt die Vorlage 23-21537 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Der inhaltlich überarbeiteten 2. Änderungsfassung der Förderrichtlinie „Gartenreich(es) Braunschweig - Förderung zur Begrünung privater und gewerblicher Dach-, Fassaden- und Grundstücksflächen“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 28. Anpassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen** 23-21316

Beschluss:

Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

29. Anfragen

Die Behandlung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 18:58 Uhr bis 19:22 Uhr.

- 29.1. Städtische Musikschule: Unterbringung in der ehemaligen Musischen Akademie am Neustadtring?!** 23-21606
Anfrage der CDU-Fraktion

- 29.1.1. Städtische Musikschule: Unterbringung in der ehemaligen Musischen Akademie am Neustadtring?!** 23-21606-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernentin Prof. Dr. Hesse (Stellungnahme 23-21606-01).

- 29.2. Wann kommen Lösungen zur Beendigung von Diskriminierung an Braunschweiger Club-Türen?** 23-21602
Anfrage der BIBS-Fraktion

- 29.2.1. Wann kommen Lösungen zur Beendigung von Diskriminierung an Braunschweiger Club-Türen?** 23-21602-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Dr. Pollmann (Stellungnahme 23-21602-01).
Nachfragen werden beantwortet.

29.3. Wie schnell schafft die Stadt Braunschweig funktionierende Heizungsanlagen ihrer Bürger ab? **Anfrage der AfD-Fraktion** **23-21608**

29.3.1.Wie schnell schafft die Stadt Braunschweig funktionierende Heizungsanlagen ihrer Bürger ab? **Stellungnahme der Verwaltung** **23-21608-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Herlitschke (Stellungnahme 23-21608-01).

29.4. Ganztagsbetreuung in Braunschweig **Anfrage der CDU-Fraktion** **23-21609**

29.4.1.Ganztagsbetreuung in Braunschweig **Stellungnahme der Verwaltung** **23-21609-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 23-21609-01).

29.5. Bürger*innenbeteiligung an Planungen für kombinierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus **Anfrage der BIBS-Fraktion** **23-21607**

29.5.1.Bürger*innenbeteiligung an Planungen für kombinierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus **Stellungnahme der Verwaltung** **23-21607-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernentin Prof. Dr. Hesse (Stellungnahme 23-21607-01).

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen oder Beschlusspunkte vorliegen. Sie schließt die Sitzung um 19:23 Uhr.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin